



## Änderungsantrag-Nr. VII-A-09346-ÄA-01

Status: öffentlich

Eingereicht von:  
**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Stammbaum:  
VII-A-09346 CDU-Fraktion  
VII-A-09346-ÄA-01 Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen

Betreff:  
**Beschluss zur Vorlage VII-DS-00357-DS-04-NF-01 vom 19.05.2021 -  
Abwahl eines Mitglieds aus dem MigrantInnenbeirat**

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):  
Gremium

Voraussichtlicher  
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Ratsversammlung

28.02.2024

Beschlussfassung

### Beschlussvorschlag

*Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:*

Der Stadtrat ändert seinen Beschluss zur Vorlage VII-DS-00357-DS-04-NF-01 vom 19.05.2021 und wählt Herrn Mohamed Okasha aus dem MigrantInnenbeirat ab.

**1. Die Ratsversammlung ändert den Beschluss VII-DS-00357 vom 30.10.2019 in seiner aktuell gültigen Fassung und beruft**

**Roland Ulbrich (AfD-Fraktion) als Mitglied**

**sowie**

**Christian Kriegel (AfD-Fraktion) als Stellvertreter**

**aus dem MigrantInnen- und MigrantInnenbeirat ab.**

### Sachverhalt

Gemäß § 47 SächsGemO unterstützen die Beiräte, also auch der MigrantInnenbeirat, den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Neben formalen Kriterien ist die wesentlichste Voraussetzung für die Berufung in einen Beirat die Sachkunde.

In der Geschäftsordnung des MigrantInnenbeirats Leipzig sind in § 1 der GO Ziele des Gremiums festgehalten. Danach soll er sich gegen Ausgrenzung stark machen und für Akzeptanz eintreten. Dabei sollen die Integration und damit demokratische Konsistenz gestärkt werden.

Der AfD Stadtrat Roland Ulbrich ist mittlerweile für seine rassistischen Ausfälle bekannt. Nicht zuletzt nach dem Rückgriff auf die Nürnberger Rassegesetze im Bundesschiedsgericht der AfD ist mehr als deutlich geworden, dass Herr Ulbrich weder die Ziele des MigrantInnenbeirates vertreten kann noch über die nötige Sachkunde verfügt. Es ist nicht zu tolerieren, dass Menschen, die das friedliche Zusammenleben in Frage stellen, in diesem

Gremium vertreten sind. Es ist den Mitgliedern des Beirats auch nicht zuzumuten, mit so einer Person zusammenzuarbeiten.

Spätestens seit der Veröffentlichung der Rechercheergebnisse des Medienhauses Correctiv zum sogenannten "Potsdamer Treffen" sollte allen klar sein, dass es sich bei der AfD um eine rechtsextreme Vereinigung handelt. Der Landesverband der Partei in Sachsen wurde bereits vom Landesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft. Wir sehen AfD-Politiker, die mit demokratischen Mitteln versuchen, die Demokratie abzuschaffen und ihre fremdenfeindlichen Überzeugungen umzusetzen, für nicht ansatzweise geeignet, in einem Beirat mitzuwirken, der die Interessen von Migrantinnen und Migranten und der Stadtverwaltung bzw. Stadtgesellschaft in Einklang zu bringen versucht.

Anlage/n  
Keine